



MEDIENMITTEILUNG

Nr. 262 | I | 23. Mai 2022

Liechtenstein stellt FAST-Initiative in Berlin vor

Auf Einladung der liechtensteinischen Botschaft stellten Daniel Thelesklaf, Botschafter Christian Wenaweser und Botschafterin Isabel Frommelt-Gottschald die FAST-Initiative in Berlin vor. Das Expertenbriefing wurde von deutscher Seite durch Staatssekretärin Katja Hessel aus dem Bundesfinanzministerium eröffnet und als wichtigen Anlass zur Sensibilisierung des Finanzsektors über das Thema Menschenhandel gewürdigt.

Die FAST-Initiative (Finance Against Slavery and Trafficking) ist eine Multi-Stakeholder-Initiative der United Nations University, die sich für die Mobilisierung des Finanzsektors gegen moderne Sklaverei einsetzt. Ziel der Initiative ist es, den globalen Finanzplatz für die Bekämpfung der Sklaverei und des Menschenhandels, die enorm lukrative illegale Geschäftsmodelle sind, mit einzubeziehen und in die Pflicht zu nehmen.

Als Leiter des FAST-Programms in New York präsentierte Daniel Thelesklaf die Initiative einem interessierten Fachpublikum und hochrangigen Gästen, darunter Bevollmächtigte aus Landesvertretungen, Mitglieder des Bundestags, Vertretern und Vertreterinnen verschiedener Bundesministerien sowie Think Tanks und internationaler Organisationen wie die Berlin-Büros der OECD und des World Food Programmes, die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des bundesweiten Koordinationskreises gegen Menschenhandel. Das diplomatische Corps war ebenso Teil der Veranstaltung. Botschafter Wenaweser führte aus, warum Liechtenstein die Initiative ins Leben gerufen hat, wie sie mit den SDGs zusammenhängt und welche Zielsetzungen sie beinhaltet. Er empfahl das Modell der Zusammenarbeit zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor auch für ähnliche Projekte zur Umsetzung der SDGs.

In der anschliessenden Podiumsdiskussion referierten die Leiterin der deutschen Delegation bei der FATF über deren Rolle im Kampf gegen die Geldströme von Menschenhandel und ein Bankenvertreter erläuterte die Indikatoren zur Erkennung von verdächtigen Transaktionen im Zusammenhang mit Menschenhandel und Arbeitsausbeutung und wies auf die Bedeutung von Schulungen und einen risikobasierten Ansatz hin. Eine deutsche Staatsanwältin brachte in die Diskussion ein, dass viele Opfer aufgrund ihrer desolaten wirtschaftlichen Lage keine Möglichkeiten sehen, gegen ihre Ausbeutung vorzugehen, was wiederum eine strafrechtliche Verfolgung der Verbrechen stark erschwert.

Weitere FAST-Anlässe in Deutschland sind geplant, um die Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden und dem deutschen Finanzplatz zu vertiefen. Den Auftakt dazu machte Regierungschef Daniel Risch, als er die Initiative bei seinem Antrittsbesuch in Berlin persönlich bei Bundeskanzler Olaf Scholz präsentierte.